

mittendrin e.V. Köln, Initiativkreis Gemeinsam leben – Gemeinsam lernen Südlohn, Elterninitiative Gemeinsamer Unterricht Bornheim, Förderverein Gesamtschule Alfter e.V., Gemeinsam leben – gemeinsam lernen Bonn e.V., Schule für alle e.V. Hennef, Bielefelder Eltern für Integration e.V., Gemeinsam leben – Gemeinsam lernen Aachen e.V., Arbeitskreis Integrative Schule Emsdetten, Mittendrin-Hürth e.V., Landesarbeitsgemeinschaft Gemeinsam leben – Gemeinsam lernen e.V., Regionalarbeitskreis Münsterland Gemeinsam leben – Gemeinsam lernen, Gemeinsam Leben und Lernen Mönchengladbach e.V., Gemeinsam Leben – Gemeinsam Lernen Märkischer Kreis e.V.

LANDESREGIERUNG HUNGERT DEN GEMEINSAMEN UNTERRICHT AUS

Wir Elternvereine in Nordrhein-Westfalen protestieren aufs Schärfste gegen die aktuellen Kürzungen in den Integrationsschulen, in denen Kinder mit und ohne Behinderungen gemeinsam lernen.

Mit hohem Engagement und politischem Druck haben wir im vergangenen Jahr einige Kommunen und Kreise wie Köln, Bonn, Bielefeld, Aachen, den Rhein-Erft-Kreis und den Rhein-Sieg-Kreis bewegen können, mehr Gemeinsamen Unterricht anzubieten. Nun sabotiert die Landesregierung diese Fortschritte, in dem sie die „gedeckelten“ Lehrerstellen für Integrationsschulen der Sekundarstufe I nicht dem erhöhten Bedarf anpasst. Wer die Bildung weiterer Integrationsklassen zwar zulässt, aber nicht gleichzeitig die Voraussetzungen schafft, dass diesen Klassen weitere Lehrerstellen zugewiesen werden, hungert den Gemeinsamen Unterricht aus.

Während Schulministerin Barbara Sommer also wolkig den „sukzessiven Ausbau“ des Gemeinsamen Unterrichts verspricht, wird wieder einmal hinterrücks an den Lehrerstellen herumgekürzt:

Damit die neuen Integrationsschulen starten können, müssen nun die bisherigen Integrationsschulen Personal abgeben. Das Ergebnis: Integrationsklassen müssen vergrößert werden. Einige Schulen wollen wegen dieser Personalkürzungen im kommenden Schuljahr sogar ganze Integrationsklassen streichen.

Wir Elternvereine in Nordrhein-Westfalen erklären hiermit:

INTEGRATION IST KEIN SPARMODELL !

Unsere Kinder haben einen im Schulgesetz verankerten Anspruch auf angemessene Förderung, unabhängig davon, ob sie in Förderschulen oder Integrationsschulen lernen.

Diese Landesregierung hat am 19. Dezember 2008 im Bundesrat der UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen zugestimmt und sich damit verpflichtet, ein inklusives (alle Menschen einbeziehendes) Bildungssystem einzuführen.

Das Land Nordrhein-Westfalen hat eine katastrophal niedrige Integrationsquote. Rund 88 Prozent aller Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden getrennt von den anderen Kindern in Förderschulen unterrichtet – zum Teil gegen den ausdrücklichen Willen ihrer Eltern. Um mehr

Kinder integrieren zu können, müssen die Bedingungen in den Integrationsschulen verbessert werden, nicht noch weiter verschlechtert. In dieser Situation sind die aktuellen Kürzungen ein fatales Signal:

Die Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen versucht sich heimlich aus den völkerrechtlichen Verpflichtungen der UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen wegzustehlen. Dies werden wir nicht zulassen!